

"Haushalt der Stadt Cuxhaven seit Jahren rechtswidrig"

Dienstag, 30.09.2008 - 00:12 Uhr

"Die Cuxhavener? schreiben offenen Brief an den Ministerpräsidenten: Land toleriert seit Jahren einen "eklatanten Rechtsbruch?"

Zum wiederholten Male soll der Rat der Stadt Cuxhaven am 2. Oktober eine Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung mit dem Land Niedersachsen abschließen. Wie der Fraktionsvorsitzende der "Cuxhavener? Rüdiger Kurmann, in einer Presseerklärung mitteilt, wird seine Fraktion diese Vereinbarung nicht mittragen. Kurmann: "Mit dieser auf fünf Jahre ausgelegten Vereinbarung wird eine wirkliche Entschuldung der Stadt Cuxhaven nicht ansatzweise erreicht.? Seiner Meinung nach hat die Mehrheitsgruppe aus CDU/FDP und den Grünen offensichtlich auch keinen Plan, wie es mit der Überschuldung der Stadt weitergehen soll. Laut Kurmann sind "Die Cuxhavener? jederzeit bereit, konstruktive Gespräche mit allen Parteien zu führen, um Einsparmöglichkeiten zu finden. Aber eine Vereinbarung mitzutragen, die nur pauschal eine Kürzung des Haushaltes von 5 Millionen Euro vorsieht, halten sie für unseriös. Darüber hinaus sind "Die Cuxhavener? der Meinung, dass der gesamte Haushalt seit Jahren rechtswidrig ist. Deshalb haben sie einen "offenen Brief? an den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen geschrieben. Unterzeichnet ist der Brief vom Fraktionsvorsitzenden Rüdiger Kurmann. Darin heißt es: "Sehr geehrter Herr Wulff, Cuxhaven ist Ihnen sicherlich gut bekannt, nicht zuletzt durch den gelungenen Tag der Niedersachsen 2007. Sicherlich ist Ihnen auch die katastrophale Finanzsituation unserer Stadt bekannt. Das Land Niedersachsen hat in den letzten Jahren immer wieder Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist Ihre Landesregierung bereit, verschiedene Projekte zu fördern, die sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung Cuxhavens auswirken sollen, vor allem im Bereich der Offshore- Windenergie. Man könnte von einer Aufbruchsstimmung in Cuxhaven sprechen. Nun werden Sie sich so langsam fragen, warum wir dann diesen? Offenen Brief? an Sie schreiben. Das ist ganz einfach, Herr Ministerpräsident. Sie tolerieren seit Jahren einen eklatanten Rechtsbruch? die Überschuldung Cuxhavens. Und dabei insbesondere das Ansammeln verfassungswidriger Kassenkredite in Höhe von über 240 000 000 Euro. Die Verwaltung und der Rat der Stadt Cuxhaven wissen, dass ohne eine wirkliche Hilfe des Landes Niedersachsen dieser rechtswidrige Zustand nicht zu ändern ist. Wir unterstellen, dass Sie uns helfen wollen und sind natürlich mehr als enttäuscht, dass mit einer neuen, auf fünf Jahre ausgelegten Vereinbarung der rechtswidrige Zustand einfach fortgeschrieben wird. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie fordern die kleinen Bürger auf, brav ihre Steuern zu zahlen und tadeln Firmenchefs und Manager, die teilweise am Rande der Legalität mit Geld umgehen, das ihnen nicht gehört. Woher nehmen Sie die Legitimation, sich über unsere Landesgesetze hinwegzusetzen? Warum dürfen beamtete Mitarbeiter der Staatskanzlei oder des Innenministeriums immer wieder Vereinbarungen treffen und Haushalte genehmigen, die rechtswidrig sind? Jede Haushaltsgenehmigung ist ein Verwaltungsakt. Um ihn rechtswirksam zu erlassen, bedarf es einer Ermächtigung. Die Ermächtigung, der Stadt Cuxhaven 240 000 000 Euro Kassenkredite zu gestatten, haben Sie nicht.?"